Zeitschrift: Jährliche Rundschau des Deutschschweizerischen Sprachvereins
Herausgeber: Deutschschweizerischer Sprachverein
Band: 27 (1931)

Artikel: Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland
Autor: Blocher, Eduard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-595115

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland.

Die Geschicke der lieben deutschen Muttersprache in der Gegenwart zu verfolgen, bereitet dem Beobachter mehr Schmerz als Freude. Sein Trost ist, daß bessere Zeiten ganz gewiß kommen müssen, denn unsere Sprache kann ja nicht untergehn und wird auch wieder eine bessere Zukunft sehen. Nur freilich wird klar: in dieser Zeit, wo der Deutsche und das Deutsche ducken müssen, vollendet als Weltsprache, neben der keine andere aufkommen kann, das Englische seinen Siegeslauf.

Doch bleiben wir bei der Gegenwart und fangen wir im kleinen Schweizerhause an. Uns ist wichtig und lehrreich, wie sich unsere Sprachgenossen zum Gebrauch der Fremdwörter, besser: zur Frage der Sprachreinigung stellen. Die Aeußerungen sind, zumal in der schweizerischen Oeffentlichkeit, nicht sehr zahlreich. Wir dürfen freilich dazu rechnen, und zwar in erfreulichem Sinn, die Stimmen, die sich zu unserm Volksbuch (Sprachlicher Heimatschutz) günstig haben vernehmen lassen.

Soll man es noch zum Abschnitt „Fremdwort" rechnen, wenn wieder einmal die Librairie-Editions S. A. Berne, die unsere Bahnhofkioske ziert, in der Presse bemängelt wird? („Aargauer Tagblatt" 21. 2.) Wie lang wird das noch nötig sein? Eins ist sicher: auf den welschen Bahnhöfen würde eine Inschrift „Buchhandels-Aktiengesellschaft Bern" nicht lange geduldet werden. Um am Bahnhof zu bleiben: unser Schriftführer hat sich, das ist nun schon fast selbstverständlich geworden, wieder des Bahnsteigs annehmen müssen, und zwar — auch das selbstverständlich — in der „Thurgauer Zeitung" (22. 11. 30) und in der „Appenzeller Zeitung" (14. 3.). Diese Auseinandersetzungen waren veranlaßt durch einen Aufsatz unseres Mitgliedes Dr. Kehrli über „Sprachreinigung bei den Bundesbahnen" im „S. B. B.-Nachrichtenblatt" (Oktober 1930). Der Verfasser hatte durch seine Ausdrucksweise Anlaß zu Mißverständnissen gegeben und eine Entgegnung unseres Schriftführers hervorgerufen, die dann aus

uns nicht näher angehenden Gründen von der Leitung abgelehnt und schließlich durch eine Erklärung des Vorsitzers unseres Berner Zweigvereins ersetzt wurde, die in Uebereinstimmung mit Dr. Kehrli dies und das und unter anderm feststellte, daß „Bahnsteig" oder noch besser „Steig" nach Meinung aller Beteiligten dem perron vorzuziehen sei. In derselben Nummer des Blattes (Hornung 1931) spricht sich auch ein Welscher über diese deutsche Frage aus; er gibt denen recht, die Kondukteur, Buffet und Billet als schweizerisches eingelebtes Sprachgut beibehalten wollen, billigt aber die Ausmerzung von perron und spricht sich über unsern Verein anerkennend aus: „Man muß über die Unversehrtheit aller Sprachen wachen, und wir Welsche, die wir gern den eindringenden Germanismen zu Leibe gehen, müssen unsere ennetsaanischen Mitbürger beglückwünschen, daß sie auf Reinigung des Deutschen ausgehen, das einen wesentlichen Bestandteil ihrer Kultur ausmacht."

Unsrer lieben Widersacherin in Frauenfeld bestätigen wir gern, daß sie („Thurgauer Zeitung" vom 28. 3.) die Fremdwörter auch in Italien in Schutz nimmt, wo die Polizei hinter dem Dancing, dem Tea-room und dem Cocktail her ist. Man hat es sonst schon erlebt, daß unsere Fremdwortfreunde als Sprachreiniger auftreten, wenn sie über Italien oder Tessin berichten.

Wir freuen uns immer, wenn einmal in der Oeffentlichkeit sich jemand einsetzt für verbesserten Unterricht in der Muttersprache und gar dabei etwas Wärme für unser liebes Deutsch zu merken ist. Darum sind wir dankbar für das, was Rektor Käslin in zwei Nummern des „Aargauer Tagblattes" (im Hornung) gebracht hat unter der Aufschrift „Wie bei uns Mundart und Schriftsprache mißhandelt werden"; es ist zwar eine Besprechung des Steigerschen Volksbuches vom sprachlichen Heimatschutz, aber sie hat sich zu zwei selbständigen Aufsätzen ausgewachsen. Erfreulich auch ist eine Betrachtung über „Das achte Schuljahr" in den „Glarner Nachrichten" (4. 2.); da wird der Sprachunterricht in die Mitte gestellt und sein ganzer Wert geltend gemacht. Unsern Vätern war das selbstverständlich, wie es z. B. noch in Frankreich selbstverständlich ist: erste Aufgabe der Schule ist Erziehung zum rechten Gebrauch der Muttersprache, Lesen, Schreiben, Vortrag, Aufsatz. Bei uns scheint seit langem in dieser Angelegenheit Unsicherheit eingetreten zu sein. Da ist es gut, wenn etwa einmal wieder von der Bedeutung des Unterrichts in der Muttersprache die Rede ist.

Eine andere Seite der Angelegenheit hat in drei Nummern der „Neuen Zürcher Zeitung" (17., 18., 19. Brachmonat) Robert v. Planta (unser Mitglied) aufgegriffen. Freilich ist die Fragestellung auch nicht neu: der Verfasser bespricht nämlich den „Daseinskampf des Schweizerdeutschen", womit gerade auch wir uns schon oft beschäftigt haben. Er beklagt die Verwässerung, Verwaschung und Verarmung unserer Mundarten durch die Angleichung ans Hochdeutsche, wendet sich gegen die Sprachreinigung unseres Vereins, die ihm zu weit geht, weil sie sich auch auf das Gebiet der Mundart bezieht, und macht Vorschläge für seine Art Sprachreinigung, nämlich für den Schutz des Schweizerdeutschen gegen das Hochdeutsche: Es soll in der Schule neben dem Hochdeutschen auch die Mundart in besondern Stunden gelehrt werden, es soll ein gemeinverständliches und billiges Mundartwörterbuch geschaffen werden und eine Grammatik. Man könnte versucht sein, diese Vorschläge als unbrauchbar und das ganze als wohlgemeinte Schwärmerei abzutun; aber wir vernehmen, daß Plantas Aufsätze Widerhall finden und daß nach Mitteln gesucht werde, die Verwirklichung seiner Pläne vorzubereiten. Doch müssen wir uns heute, wo noch nichts weiteres vorliegt, mit der Erwähnung des Planes begnügen; kommt es zu weitern Taten, so wird der Sprachverein Stellung nehmen müssen.

Ebenfalls über die Frage Mundart oder Schriftsprache haben sich Mitarbeiter der Feuille d'Avis de Lausanne im vergangenen Sommer lebhaft, in freundlicher und lehrreicher Weise, wenn auch nicht ohne mehrfach zu irren, ausgesprochen (25. Mai, 8. und 12. Brachmonat). Es fing an mit einer Verteidigung des Schweizerdeutschen: dieses sei eine gute Wehr und Schranke gegen Deutschland und das böse, immer bedrohliche Alldeutschtum, es sei eine von den Welschen mit Unrecht verachtete Sprache voller Farbenreichtum, Eigenart und Würde, sei zudem die Sprache der Gründer der Eidgenossenschaft; die Welschen hätten leider ihr heimeliges und köstliches Patois verloren, das der Verfasser dem von ihm „steinig, hart und unschweizerisch" gescholtenen Französischen vorzieht, — ungewohnte Töne in einer welschen Zeitung! Der Einsender behauptet freilich sonderbare Dinge: die hochdeutsche Schriftsprache Goethes sei vom Schweizerdeutschen abgeleitet; jeder Berner oder St. Galler Bauer verstehe mühelos das Nibelungenlied usw. Darauf trat ein anderer, ebenfalls in Bern wohnender Waadtländer, Herr Vautier,

auf den Plan und stellte die Nachteile der Mundart ins Licht; er findet Berndeutsch häßlich, bedauert, daß man so sehr an dieser Sprache festhalte, und lobt das Hochdeutsche als Kultur- und Staatssprache. Aber in einem von Sprach- und Literaturgeschichte nur so überfließenden Nachwort hält die Schriftleitung des Blattes daran fest, daß das Schriftdeutsche vom Schweizerdeutschen komme, ruft alle deutschen Götter, Helden und Wieland von den Minnesängern bis auf Keller und Meyer zu Zeugen auf und weiß Unerfreuliches nur zu sagen über die trockene, harte, zerhackte Sprache der Reichsdeutschen, die man taktloserweise le bon allemand nenne, — was eine Beleidigung für uns Deutschschweizer bedeute. Doch Herr Bautier tritt nochmals auf. Er bedauert, daß die Masse der Deutschschweizer jenes einzigartigen Bildungsmittels entbehre, das eine gut ausgebildete Schriftsprache als gesprochene Muttersprache ihren Angehörigen darbiete; im Tonfilm könne man hören, was für eine schöne Sprache das Deutsche sei, leider gebe es schon jetzt auch schweizerdeutsche Tonfilme. Die vierte Stimme, die wir vernehmen, ist die einer welschen Lehrerin aus dem Berner Jura. Offenbar am besten unterrichtet von allen Teilnehmern an diesem lebhaften Meinungsaustausch, sucht sie das Richtige aus den vorhergehenden Aufsätzen heraus und gibt jedem recht in dem, worin er recht hat, — mag auch ihre Darstellung etwas gar zu geradlinig sein; schließlich zieht sie doch entschieden die Schriftsprache vor. Das Erfreuliche an dieser ganzen Auseinandersetzung ist: wir finden hier einmal Verständnis für unsere Sprachverhältnisse und Sprachgeschichte, für beide Gestalten unserer lieben Muttersprache, die heimatliche und die Hochsprache. Man hat uns hierin nicht verwöhnt.

Sehr lehrreich: in derselben Feuille d'Avis de Lausanne (3. 7. 31, der Aufsatz findet sich gleichzeitig in der Tribune de Lausanne) kommt einer auf die Schwierigkeiten des Deutschlernens zu sprechen und läßt dabei die unerwartete, aber sicherlich richtige Bemerkung fallen, die heutige Jugend im Welschland sei in ihren Kinderjahren durch das deutschfeindliche Geschrei der Kriegs- und Nachkriegsjahre geistig geschädigt worden, nämlich durch die damals oft gehörte Redensart, bald „werde es mit den Preußen gänzlich aus sein, man werde höchstens eins oder zwei Exemplare aufbewahren, etwa wie Sioux-Indianer, die verschwinden werden" usw.

Also alles in allem eher freundlich duftende Blüten aus dem welschen Zeitungsgarten. An übelriechendem Kraut fehlt es auch

nicht ganz; gehen wir daran vorüber, eine andere Haltung lohnt sich nicht. Nur weil wir uns so viel mit Eisenbahnangelegenheiten befassen müssen, sei erwähnt, daß es immer noch Welsche gibt, die den Bundesbahnspieß umdrehen und entrüstet berichten, un de leurs Kondukteure habe sich neulich en pleine gare de Neuchâtel mit Einwohnern der nahen deutschen Orte Ligerz und Twann auf deutsch unterhalten. Wenn Le Cheminot, das Blatt der welschen Eisenbahner (20. 2. 31), über nichts Schlimmeres zu klagen hat, und wenn La Feuille d'Avis de Neuchâtel (5. 1. 31) nichts Aergeres zu berichten weiß, als daß in Lausanne bei der Abfahrt gerufen werde „Tous les billets s'il vous plaît — Alle Billette gefälligst", so mögen sie doch einfach zum Troste einmal nach Zürich — „oui, dans notre bonne ville de Zurich" — kommen und hier zuhören, wenn so ein Aargauer anzeigt (erst deutsch, dann): „Olten-Lausanne - Schneef — Trätireckt". Aber „un de leurs Kondukteure", das tönt im Eisenbahnerblatt nicht sehr kameradschaftlich und zeigt überdies an, was von der gepriesenen, die Eidgenossenschaft verkittenden Wirkung solcher Fremdwörter zu halten ist.

Führen wir noch einige Dinge von der westlichen Sprachgrenze an. In Biel (L'Impartial de La Chaux-de-Fonds 31. 7. 31) ist bei einem Rechtshandel die Frage aufgeworfen worden, ob eine auf französisch eingereichte und vorgelesene Klageschrift vom Prozeßgegner angenommen werden müsse. Der dortige Gerichtspräsident bejahte die Frage mit der allerdings merkwürdigen Begründung, die Prozeßordnung verbiete nicht ausdrücklich den Gebrauch der französischen Sprache im deutschen Kantonsteil. Die Frage ist vor das Obergericht weitergezogen worden; ihren Ausgang haben wir nicht in Erfahrung bringen können.

Die neue Schulwandkarte des Kantons Wallis soll — wir haben sie nicht gesehen — Ortsbezeichnungen enthalten, die zu reden geben. Der Walliser Brief der „N. Z. Z.", der darüber berichtet (3. 6. 31), findet, es gehe noch an, daß der Name Rotten für den Oberlauf der Rhone auf der Karte stehe, beanstandet aber die Bezeichnung Ruden neben (neben!) dem italienischen Namen des Dorfes Gondo an der Simpelnstraße. Die Walliser Schulbehörde scheint doch auf die Erhaltung der deutschen Ortsnamen in der Schule zu halten.

Der Tribune de Genève (30. 12. 30) entnehmen wir einige Angaben über die neue sogenannte deutsche Schule in Genf. Dar-

nach handelt es sich um einen deutschen Unterrichtskurs für die Kinder deutscher Eltern, der an dem in Genf schulfreien Donnerstag von 9 bis 12 und von 2 bis 7 Uhr erteilt wird. Am Abend werden die nicht mehr schulpflichtigen in deutscher Literatur unterrichtet. Der Staat stellt dafür die Räume zur Verfügung. Das erste Schuljahr zählte etwa 60 Schüler. Der Anfang scheint uns bescheiden, aber es ist ein Anfang, wie er sonst nirgends in den welschen Kantonen besteht.

Immer wieder muß man wahrnehmen, daß sich das heutige nationalistisch überspannte Italien in beunruhigender Weise um unsere Bündner Romanen bemüht, die Italien, gerade herausgesagt, nichts angehen und von ihm nichts, aber auch gar nichts wissen wollen. Da gibt es in Mailand eine besondere Gesellschaft; die heißt Società Palatina per la propaganda e la diffesa della lingua italiana und gibt schon länger ein Archivio storico della Svizzera italiana heraus. Nun rückt sie auch mit einer Zeitschrift Raetia auf den Plan, Rivista di cultura dei Grigioni italiani, die sich nach ihrem Programm „natürlich auch der Geschichte und den Ueberlieferungen der rätoromanischen Bündnertäler widmen wird". Beide Zeitschriften fallen (nach der „N. Z. Z." vom 19. 2. 1931, der wir diese Nachrichten entnehmen) auf durch ungewöhnlich gute Ausstattung (wie übrigens alle derartigen Unternehmungen in Italien) und regen damit die Frage nach der Herkunft der Geldmittel an. Da finden wir auch wieder unsre alten Bekannten, den allzuberühmten Irredentapfleger Prof. Del Vecchio und die Mitarbeiter der landesverräterischen Adula, Leute, die mit Graubünden nicht das mindeste zu tun haben. Es verspricht viel, wenn da der trotz seiner Jugendlichkeit ebenfalls nicht unbekannte Poet Aurelius Garobbio, ein in Mailand lebender Bürger von Mendrisio, der die tollsten geographischen Schnitzer macht, wenn von Graubünden die Rede ist, den Satz losläßt: „Wir wiegen uns in den Erinnerungen der Vergangenheit und hegen einen blühenden Traum der Zukunft." Vor zwanzig Jahren bezogen sich diese „Träume" auf Triest und Bozen.

Erwähnt sei, daß die „N. Z. Z." den Romanen Graubündens am 29. März vier ganze Seiten gewidmet hat. Mitarbeiter dieses Sonderblattes, das mit Bildern und Sprachenkarte geschmückt ist, sind Robert v. Planta, Prof. Jud und Prof. Fleiner, Peider Lansel und Reto Bezzola; dazwischen finden sich romanische Gedichte als Sprachprobe. Ueber Mißachtung oder Nichtachtung können sich un-

sere Romanen wirklich nicht beklagen. Es gibt in ganz Europa wohl keine Minderheit die sich bei den andern Stämmen des Staatsvolkes ähnlicher Achtung und Liebe erfreut wie die Bündner Romanen, und die Bemühungen der Mailänder Kulturherolde um Graubünden sind wirklich überflüssig.

Die Romanen selbst sind übrigens auch nicht untätig. Ihr Schutzverein Lia Rumantscha hat Forderungen zur Hebung des romanischen Schulunterrichts (auch im Seminar in Chur) aufgestellt. Die Oberländer Lehrer haben die Forderungen zu den ihrigen gemacht, die Engadiner Lehrer ebenfalls, aber doch nicht so ganz einhellig. Auf ihrer Versammlung in Zernez (Gazetta ladina vom 24. 10. 1930) hat der erste Berichterstatter, Dr. Tönjachen, als Grundlage aufgestellt: 1. der romanische Schulunterricht ist eine erzieherische Notwendigkeit; 2. der deutsche eine Kulturnotwendigkeit; 3. der deutsche Unterricht ist eine Voraussetzung für die Erhaltung der romanischen Sprache; 4. die romanische Schule ist von großem Vorteil für die menschliche Bildung. Nicht einig war die Versammlung über den Beginn des Deutschunterrichts; die Sätze der Lia Rumantscha wollen ihn aufs fünfte Schuljahr verlegen, die Engadiner Lehrer schon im vierten mit Deutsch anfangen. Das Ergebnis war eine Zwischenlösung. Den Geschichtsunterricht will man ganz in der Muttersprache erteilt wissen (eine Forderung, die ähnlich auch von vielen andern Minderheiten erhoben und mancherorts erfüllt wird), aber auch für andere Fächer wurde von einigen Anwesenden dasselbe verlangt. Lehrreich war die Mitteilung eines Lehrers von Pontresina, er habe einmal in seiner Klasse 34 deutsche und 8 romanische Schüler gehabt und es doch dahin gebracht, daß alle Schüler seinem romanischen Unterricht hätten folgen können. (Alle Achtung! aber was wird da aus dem den Romanen teuren Grundsatz, daß die Kinder in ihrer Muttersprache geschult werden müssen?)

Jedes Jahr gibt es über tessinische Angelegenheiten zu berichten. Das Verbot fremdsprachiger Firmentafeln ist nun Gesetz geworden („Thurgauer Zeitung" vom 29. 11. 30), aber allerdings nicht in der scharfen Form, die zuerst vorgesehen war; Erwägung und Beratung haben Abschwächungen gebracht, und im ganzen läuft es nun darauf hinaus, daß die öffentlichen Aufschriften italienisch abgefaßt sein müssen, aber eine fremdsprachige Uebersetzung in kleinern Buchstaben gestattet ist. Auch so bleibt dieses Gesetz eine gehässige polizeistaatliche Mißgeburt, ein Schlag ins Angesicht der

Grundsätze, deren sich unser Vaterland seit 1848 rühmt. Doch wenn irgendwo nach dem christlichen Gebot gehandelt wird: „Tut wohl denen, die euch hassen", so ist es in der eidgenössischen Sprachenpolitik; denn dem unduldsamen Firmentafelgesetz der Tessiner folgte auf dem Fuß die Bewilligung eines eidgenössischen Jahresbeitrags von 60,000 Franken an den Kanton Tessin „zur Förderung der kulturellen und sprachlichen Eigenart des Kantons", d. h. wir andersprachige Eidgenossen werden herangezogen, um den Tessinern gegen das Eindringen unserer Sprache mit unserm Gelde zu helfen. In den eidgenössischen Räten hat niemand einen Gegenantrag gestellt. Und dem Basler Abgeordneten Hauser wurde es schon bitter verübelt, daß er einige kritische Bemerkungen zur Sache zu machen wagte. Ihm fiel der Ton auf, der in der bundesrätlichen Botschaft wie auch in den Verhandlungen angeschlagen wurde, — der Berichterstatter der „N. Z. Z." (7. 12. 1930, auch 4. 12. 1930) gibt die „Wärme und einige Abweichung vom üblichen Amtsstil" zu — und er wünschte die Frage nüchtern behandelt zu sehen und „aus der Schützenfeststimmung herauszunehmen". Zutreffend bemerkte er, den Tessin wolle man unterstützen, weil er keine Universität habe, während doch gerade die Universitätskantone unter drückenden Lasten leiden, und er warnte vor der Ausrichtung immer neuer Bundesbeiträge, nachdem man ja dem Tessin bereits einen solchen für seine Volksschulen gewährt habe. Das mißfiel dem uns bekannten ritterlichen Verteidiger der armen, verfolgten und gekränkten italianità, Herrn Zimmerli aus Luzern; er hatte aus der Rede Hausers herausgehört, „man wolle die Tessiner bestechen" (nach anderer Lesung: „gegen den Bundesbeitrag den Patriotismus der Tessiner eintauschen"). Herr Hauser stellte fest, daß er das nicht gesagt habe. Doch sieht es jedenfalls nach etwas wie „Eintauschen" aus, wenn nachher der Tessiner Abgeordnete mit dem stockitalienischen Namen Dollfus de Folgensburg fand, es sei von dem Basler nicht artig, so über den Bundesbeitrag abzusprechen, nachdem er, Dollfus (de Folgensburg), seinerzeit mit Nachdruck für den Beitrag an die Rheinschiffahrt eingetreten sei.

Nun das Ausland. Im Weinmonat vorigen Jahres ging durch die Presse die Nachricht, daß in Südtirol nennenswerte Erleichterungen für die gequälte Bevölkerung gewährt worden seien. Leider ist das nicht richtig. Die Arbeitsstelle für Südtirol in Inns-

bruck teilte der Presse mit („Der Freie Rätier" vom 8. 10. 1930), daß nicht eine einzige der vielen auf die Ausrottung des Deutschtums gerichteten Bestimmungen und Maßnahmen zurückgenommen worden sei. Weder die Schnüffelei nach häuslichem Unterricht im Deutschen, noch die Verletzung des Postgeheimnisses, noch irgend etwas anderes hat aufgehört, und alles, was sich auf Schule, Sprache, Presse, Vereine und Versammlungen, Verwaltung, Eigentumsbeschränkungen, Ueberlieferungen und Wirtschaft bezieht, ist völlig geblieben wie seit Jahren.

Die „Thurgauer Zeitung" (17. 10. 1930) stellte die falschen Meldungen über Erleichterung der Lage richtig und fügte hinzu, diese falschen Berichte seien eine Erfindung der nationalistischen Presse Deutschlands gewesen, die damit für das ihr teure faschistische Italien habe Stimmung machen wollen. Das ist durchaus möglich, denn Hitler hat schon in seinem Buch „Mein Kampf" die Bewegung für Südtirol als jüdische Mache bezeichnet, und seine Partei schwärmt für Italien, wie die kommunistische für Rußland, die sozialdemokratische für Frankreich und der bürgerliche Liberalismus für England.

Auch nicht viel neues — leider — aus unserm lieben armen Elsaß. Immer dasselbe: Klagen über den Mangel an deutschem Unterricht und an den nötigen Sprachkenntnissen bei den jüngern Leuten, dazwischen einmal irgend ein Erlaß der Regierung, der auf irgend einem Gebiet eine nicht immer belangreiche Verbesserung in Aussicht (!) stellt und von den Beruhigungskommissaren der Presse meist sehr breitgetreten wird, als wäre nun wirklich etwas anders geworden. Dazwischen politische Nachrichten, die schwer zu sichten und zu werten sind. Anderes als Ekel kann es doch z. B. bei uns nicht erregen, wenn der „Elsässer Bote" (nach der „N. Z. Z." vom 9. 2. 1931) den Irredentismus der Adula mit den Bestrebungen der elsässischen Autonomisten auf eine Stufe stellt. Als ob die Elsässer jemals so viel verlangt hätten, wie die Tessiner von jeher gehabt haben!

Lehrreich ist, daß sich für Vermehrung des deutschen Unterrichtes nunmehr eine welsche Behörde einer welschen Vogesengemeinde einsetzt. Die „Basler Nachrichten" (vom 19. 2. 1931) berichten darüber:

In den Debatten über die Sprachenfrage im Elsaß wird viel bemerkt, daß auch eine Gemeinde aus dem rein französischen Sprachgebiet des Elsaß nunmehr für die bessere Pflege der deutschen Sprache sich eingesetzt hat. Der Stadtrat von Schirmeck im Breuschtal hat einen Antrag auf Wiederzulassung des deutschen

Unterrichts in den Schirmecker Volksschulen und den Fortbildungsschulen angenommen.

In der Begründung des an die Schulbehörden weitergeleiteten Antrags wurde u. a. geltend gemacht, die französische Sprache sei die einzige, die in den Familien gesprochen werde. Im engeren Grenzland sei aber die Kenntnis der beiden Sprachen unerläßlich. Die Jugend des Breuschtals sei bereits jetzt geschädigt, da sowohl die Verwaltungen als auch die Privathäuser die Einstellung von Beamten von der Kenntnis der beiden Sprachen abhängig machen. Die um das Fortkommen ihrer Kinder besorgten Eltern seien zurzeit gezwungen, zum deutschen Privatunterricht zu greifen.

Der Justizminister hat („National-Zeitung" 23. 2. 31) neu bestimmt, daß möglichst alle von den Gerichten und ihren Kanzleien ausgehenden Schriftstücke inskünftig zweisprachig sein sollen. Die Vorladungen von Angeklagten und Zeugen sind ebenfalls in beiden Sprachen zu halten. Wer nicht durch einen Rechtsanwalt unterstützt wird, kann verlangen, daß ihm das Gerichtsurteil in seinen wesentlichen Punkten in deutscher Uebersetzung ausgehändigt werde.

Dem „Morgen" (Olten, 24. 2. 1931) entnehmen wir, daß die elsässische Presse an der Haltung der Basler „National-Zeitung" Anstoß nehme, und er will etwas wissen von „gewissen Verpflichtungen dem französischen Generalkonsul gegenüber".

Hier sei einmal mitgeteilt, wo man sich am zuverlässigsten über das Schicksal unserer Muttersprache im Elsaß unterrichten kann. Da steht voran die gediegene, reichhaltige und unbedingt aufrichtige Monatsschrift „Elsaß-Lothringen, Heimatstimmen" von Dr. Robert Ernst in Berlin herausgegeben (Berlin W 30, Postschließfach 5), und aus dem Elsaß selbst die „Elsaß-Lothringer Zeitung" (E. L. Z.) von Dahlet u. Hauß (Straßburg, Knoblochgasse 15).

Das Schicksal des flämischen Volkes haben wir hier von jeher mit Wärme verfolgt, weil die Flamen es in ihrem Kampf mit derselben Art zu tun haben wie wir deutsche Schweizer, wenn wir etwa einmal einen Strauß gegen unsere Welschen auszufechten haben, nämlich mit dem so ungemein starken, selbstbewußten und in sich geschlossenen Nationalgefühl der französischen Sprachfamilie, weil ihre Lage wie die unsrige die einer um ihr Recht besorgten Mehrheit im mehrsprachigen Staate ist, und schließlich auch, weil das Flämische eine deutsche Westrandmundart ist wie unser Schweizerdeutsch, wenngleich zur Schriftsprache geworden. Wir können hier lernen, wie es uns ergangen wäre und erginge, wenn die Schweiz im 16. Jahrhundert mit der staatlichen Abtrennung auch die schriftsprachliche Selbstherrlichkeit erhalten hätte. Die Flamen haben zwei

Gegner: Erstlich die Wallonen, die Bewohner Welschbelgiens, die sich ursprünglich nicht gerade gegen die flämische Bewegung gewehrt haben, nun aber um ihr Uebergewicht im Staate besorgt sind, seitdem mit der Gleichstellung der Sprachen ernst gemacht und von den Staatsbeamten, Offizieren usw. die den Wallonen verhaßte Erlernung der flämischen (d. h. der holländischen) Sprache verlangt wird. Der andere Gegner ist die verwelschte Oberschicht in Flandern selbst, die franskiljons, Leute, die jetzt Freiheiten und Minderheitenrechte beanspruchen, von der flämischen Bewegung aber als Abtrünnige und Volksverräter angesehen werden, weil sie sich ja selbst für Flamen ausgeben und in der Tat nicht eine eingewanderte Minderheit sind. So ist nun das Ziel der flämischen Bewegung die scharfe Abgrenzung der Sprachen, d. h. die alleinige Geltung jeder Sprache als Amtssprache auf ihrem Volksboden, so ungefähr wie wir es in der Schweiz haben. Dagegen wehren sich die Welschen für den frühern Zustand: in Wallonien welsch, in Flandern Zweisprachigkeit. Verwickelt wird die Frage und verschärft der Kampf wegen der besondern Lage Brüssels, das mit seinen Vororten eine ursprünglich flämische, aber seit Jahrhunderten zweisprachige Stadt, eine Art französischer Sprachinsel im flämischen Gebiet, aber ganz nahe der Sprachgrenze, bildet. Die Welschen sehen mit Besorgnis heute schon, daß das ungestüme Flamentum vor dieser zu einem großen französischen Kulturmittelpunkt gewordenen Hauptstadt nicht Halt machen wird. Das Flamentum fühlt sich noch in der Verteidigung und ist gleichzeitig doch schon zum Angriff übergegangen. Seine Forderung, Belgien nach Sprachgebieten in selbständige Teile zu gliedern — bestuurlijke scheiding, séparation administrative — macht außerdem den Inhabern und Nutznießern des bisherigen Staates Sorge um die Zukunft dieses erst hundertjährigen Gebildes, von dem man doch denken sollte, es hätte im vierjährigen Weltkrieg seine Feuerprobe bestanden.

Der welschbelgische Standpunkt wird mit Klarheit und in Kürze dargelegt in der Gazette de Bruxelles (7. 4. 1931). Es heißt da überaus lehrreich: „Die Wallonei ist einsprachig und will es mit gutem Rechte bleiben. Flandern ist zweisprachig und will ebenfalls mit gutem Rechte dieses köstliche Vorrecht bewahren. (Man beachte die verschiedene Beurteilung von Ein- und Zweisprachigkeit!) Der Wallone lernt das Flämische schwer und sieht gewöhnlich nicht ein, wozu er sich diese schwere Mühe aufladen soll. Der Flame lernt das Französische leicht und wünscht gewöhnlich lebhaft die Kenntnis dieser

Weltsprache zu erwerben. Daraus ergibt sich als selbstverständliche Lösung der Frage: Man lasse doch neben dem Flämischen alle flämischen Kinder französisch lernen in allen Volksschulen des flämischen Landes, aber man dränge nicht die Erlernung des Flämischen in der Wallonei denen auf, die nicht einsehen, wozu sie diese wenig verbreitete Sprache kennen sollten. Die große Mehrzahl der Eltern in Flandern wünscht, daß ihre Kinder französisch lernen; die Mehrzahl der Eltern in der Wallonei hat nicht dasselbe Bedürfnis in bezug auf das Flämische. Man erfülle beider Wünsche. In der Tat gibt es in Flandern Tausende von Kindern, die von klein auf und spielend (?) flämisch und französisch gelernt haben; darin liegt nichts Unpädagogisches, die Erfahrung beweist es seit einem Jahrhundert. Von 4 Millionen Flamen sprechen eine Million flämisch und französisch, ohne etwas von ihren Rasseneigenschaften verloren zu haben. Was ein Flame von vieren hat lernen können, das können die andern drei auch lernen, ohne jeden Nachteil. (Die Flamen, die in diese Zwangsjacke gesteckt worden sind, denken darüber anders.) Sache des Gesetzes ist es, das im allgemeinen Interesse durchzuführen („imposer" — es lebe die Freiheit!). Und Belgien wird aus einer großen Gefahr errettet sein: der der Zweiteilung (le séparatisme)." Hier dürfte man das bekannte Wort anwenden: sie haben nichts gelernt und nichts vergessen. Man wundert sich über diese Unbelehrbarkeit. Nicht freilich über die Besorgnisse dieser Franskiljons; denn die flämische Welle rollt unaufhaltsam weiter mit der Macht einer Naturkraft.

Bekanntlich hat Belgien noch ein drittes Sprachgebiet, das hochdeutsche, außer in den 1919 angeeigneten Bezirken von Eupen und Malmedy auch in einer Ecke der Provinz Luxemburg. Das Deutsche führt dort ein kümmerliches Dasein, weil die Oberschicht ebenso verwelscht ist wie in Flandern und teilweise im Elsaß. Die Deutschbelgier des Gebietes um Arel haben deshalb keine Führer. Man sieht es aus einem Schreiben der Gemeindeverwaltung der Stadt Arel vom 20. Heumonat 1931 an den Minister für Wissenschaft und Kunst (abgedruckt in der Indépendance belge (30. 7. 1931). Darin wird das baldige Verschwinden des Deutschen im Bezirk vorausgesagt; deutsch ist nur „vorübergehend" Unterrichtssprache. Da ist die Rede von dem „angeblich deutschen Bevölkerungsteil der Provinz" — man denkt an den Ausdruck l'Eglise prétendue réformée im Frankreich des siebzehnten Jahrhunderts, nur war es begreiflich,

daß der katholische Staat der reformierten Kirche nicht gern den Ehrennamen einer reformierten, d. h. erneuerten Kirche zubilligen mochte, während es gegen die Wahrheit verstößt und Gewalttätigkeit verrät, wenn man einer Bevölkerung bestreitet, daß sie die Sprache spricht, die sie spricht — Arel und Umgebung sei nicht ein Gebiet d'expression allemande und dürfe nicht die deutsche Schulsprache erhalten, wie ein Gesetzesentwurf beabsichtige. Der Schulzustand ist übrigens dort ähnlich wie im romanischen Graubünden und wie die elsässischen Heimatrechtler ihn gern hätten: Muttersprache in den untersten Klassen, Zweisprachigkeit auf der Mittelstufe und französische Sprache in der Oberstufe (wie in Graubünden Deutsch). Die Zuteilung der von Preußen abgetrennten Gebiete hat die Stellung des Deutschen in Belgien verstärkt; gegen die natürliche Folgerung wehrt sich nun der verwelschte Gemeinderat von Arel. Es wird sich fragen, ob mit Erfolg, oder ob die flämische Bewegung willens und imstande sei, das deutsche Aschenbrödel mit emporzuziehen.

Aus dem Banat im südslawischen Staate berichtet (9. 1. 31) die „Badische Presse" folgendes Stücklein, das an Südtirol erinnert:

Am 24. November vergangenen Jahres starb in Siegersdorf, Gemeinde Süßenberg, in Südslawien eine Frau Maria Ferk, die in Mariaschnee beerdigt wurde. Zum Begräbnis wurde der dortige Besitzer Franz Roschker als Vorbeter geladen. Da Roschker und fast alle Leidtragenden nur Deutsch sprechen, bedienten er und die Leidtragenden sich beim Beten der deutschen Sprache. Am 1. Dezember 1930 wurde, wie erst jetzt bekannt wird, Roschker zum Bezirkshauptmann vorgeladen, wo ihm vorgehalten wurde, daß er beim Begräbnis deutsch gebetet habe. Es wurde ihm eröffnet, daß er im Wiederholungsfalle bestraft und landesverwiesen würde.

Nun, hier setzen eben die neuen Herren ungefähr das fort, was früher die Madjaren geübt haben.

Ueber das, was der Völkerbund zugunsten unserer bedrängten Sprachgenossen bis jetzt getan hat, können wir der Zeitschrift „Nation und Staat" (Wien) Angaben entnehmen, die im Maiheft enthalten sind. Bis zum 1. Hornung 1931 sind insgesamt 314 Beschwerden von Minderheiten nach Genf gerichtet worden. Davon hat der Generalsekretär von vornherein etwa ein Viertel als nicht annahmefähig von der Behandlung ausgeschlossen. Fünfzig Beschwerden sind amtlich behandelt worden; in 40 von diesen 50 Fällen ist man über die vorgebrachten Klagen zur Tagesordnung übergegangen, in 6 Fällen führte die Prüfung der Beschwerde zu einem sogenannten Kompromiß, in 3 Fällen kam zwischen den Parteien eine unmittelbare Uebereinkunft zustande, in einem Fall waren zur

Zeit der Berichterstattung die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Wir fügen hinzu (obgleich das bei dem beschriebenen Ergebnis eigentlich belanglos ist), daß es sich bei den Beschwerden in 104 Fällen um den Schutz deutscher Minderheiten handelte. Diese Zusammenstellung zeigt, daß der Völkerbund für die Erledigung von Minderheitenbeschwerden bis jetzt nichts getan hat. Das ist für uns deshalb wichtig, weil unserm Volk vor der Abstimmung über den Beitritt zum Völkerbund von amtlicher Seite gesagt worden ist, hier werde die Schweiz Gelegenheit haben, sich an einer gerechten Behandlung der Minderheitsfragen zu beteiligen. Ohne diese Zusicherung wäre damals vermutlich keine Mehrheit für den Beitritt zustande gekommen.

Unsere Rundschau ist nicht erhebend ausgefallen. Aber was ist heute erhebend? Wir leben in einer Welt und Weltordnung, der von allen Seiten der Untergang angesagt wird. Der Sprache des Volkes, dessen größte staatliche Verkörperung — das deutsch genannte Reich — und dessen zweitgrößte staatliche Verkörperung — das arme Oesterreich — (wenn ich mich so ausdrücken darf) an der Spitze der wirtschaftlichen Verelendung marschieren, kann es nicht besser gehn als andern in dieser Welt der Unterdrückung und Gewalt. Aber wenn Staaten und Wirtschaftsformen in die Brüche gehn, Verträge und Friedensschlüsse über den Haufen geworfen werden, die Sprachen gehn nicht unter, am wenigsten die eines Achtzigmillionenvolkes, dem viel Häßliches nachgesagt worden, noch nie aber die Tüchtigkeit bestritten worden ist.

Eduard Blocher.